



Klaus Dera, Harald Kolbe

Das Falschwörterbuch

Begriffe richtig begreifen

Klaus Dera, Harald Kolbe

Das Falschwörterbuch

Begriffe richtig begreifen

Mitarbeit: Sylvia Heise, Manfred Lauermann

IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt • Heimvolkshochschule Hustedt

Herausgeber: IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Postkamp 12

30159 Hannover

Gestaltung: Karsten Meier

Druck: Druckhaus Dresden

1. – 2. Tausend Oktober 2003

3. – 4. Tausend Januar 2004

5. – 6. Tausend Mai 2007 (gekürzt)

Rio Reiser

Alles Lüge

*Es ist wahr, daß das Jahr über dreihundert Tage
In nur zweiundfünfzig Wochen schafft
Es ist wahr, es ist wahr, daß das Ausland
Vielmehr Ausländer als Deutsche hat
Es ist wahr, daß die Sonne nicht um die Erde
Und der Mond nicht um 'nen Fußball kreist
Es ist wahr, daß der Gründer von New York
Nicht Kamel oder Camel, sondern Stuyvesant heißt*

*Das ist wahr, das ist wahr Aber sonst – aber sonst: Alles Lüge!
Alles Lüge! Alles Lüge! Alles Lüge!*

*Es ist wahr, es ist wahr, die meisten Menschen wollen
Nicht in Dortmund leben, sondern Essen
Es ist wahr, es ist wahr, daß die Kühe das Gras
Nicht rauchen, sondern fressen
Es ist wahr, es ist wahr, daß Hamburg nicht
Die Hauptstadt von McDonald's ist
Es ist wahr, es ist wahr, daß der Papst zwar die Pille nicht nimmt
Aber trotzdem keine Kinder kriegt*

*Das ist wahr, das ist wahr Aber sonst – aber sonst: Alles Lüge!
Alles Lüge! Alles Lüge! Alles Lüge!*

*Selbst wenn du mich fragst, ob ich dich liebe und ich sag ja
Weiß ich manchmal nicht genau, ist das nun Lüge oder wahr
Weil ich oft gar nicht mehr weiß, was ist das: Liebe
Liebt der Papa sein Auto, liebt die Mama den Kaffee?
Liebt das Baby seine Windeln, wie der Weihnachtsmann den Schnee? Lieben
Kinder Schokolade wie die Hausfrau den Herd?!*

*Oder ist da mehr, oder ist da mehr
Oder ist das, oder ist das, oder ist das
Alles Lüge! Alles Lüge! Alles Lüge! Alles Lüge!*

Inhalt

Vorwort	6
Einleitung	8
Was sind Ideologien?	12
Begriffe richtig begreifen	19
▲ „Chefsache“	20
▲ „Demokratie“	22
▲ „Demokratisierung“	24
▲ „Deregulierung“	26
▲ „Dogmatiker“	27
▲ „Eliten“	28
▲ „Flexibilisierung“	30
▲ „Freiheit“	31
▲ „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“	33
▲ „Gegenmacht“	35
▲ „Gleichheit“	39
▲ „Humanität“	41

▲ „Innovation“	42
▲ „Lohnnebenkosten“	45
▲ „Mehrwertsteuer“	47
▲ „Neoliberalismus“	49
▲ „Privatisierung“	51
▲ „Proletariat“	52
▲ „Sozialpartner“	54
▲ „Unternehmensphilosophie“	56
▲ „Utopie“	58
▲ „Volksvermögen“	60
▲ „Wirtschaftsstandort“	62

Vorwort

„Seid realistisch, verlangt das Unmögliche.“

Jaques Lacan

Unsere Gesellschaft befindet sich gegenwärtig in einem Umbruchprozess. Der ehemalige Sozialstaat Bundesrepublik wird zu einem „Wirtschaftsstandort Deutschland“ umgerüstet. Die Gewerkschaften versuchen mitzuhalten. Neben bewährten müssen auch neue Wege der Interessenvertretung beschritten werden, ohne allerdings das Ziel und die Herkunft der Organisation aus dem Blick zu verlieren. Denn Wege ohne Zielbestimmung können leicht in die Irre führen. Das gilt auch für die Bildungsarbeit der IG Metall. Sie ist Zweckbildung und bildet aus für Ziele und Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation.

Die Widersprüche unseres Wirtschaftssystems haben unsere Gesellschaft in eine sich verschärfende Zerreißprobe geführt. Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sind die Begleiterscheinungen dieser kapitalistischen Widersprüche: mit immer weniger Menschen wird immer mehr produziert. Diese Entwicklung wird als weltwirtschaftlicher Sachzwang ideologisiert. Unsere Bildungsarbeit hat auch die Aufgabe, Ideologien durchschaubar zu machen und gesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen: Sie muss orientieren.

In der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit des Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt hat deshalb die politische Grundlagenbildung einen hohen Stellenwert, was nicht zuletzt die Anzahl dieser Seminare zeigt, die die Hälfte aller Bildungsmaßnahmen ausmachen.

Wesentliche Ziele sind: Zusammenhangswissen und politische Orientierung zu vermitteln, sich einen eigenen gesellschaftlichen Standpunkt zu erarbeiten und Motivation für aktives Engagement mitzunehmen. Dabei tragen die ehrenamtlichen ReferentInnen und die Leitungen der betrieblichen Interessenvertretungen große Verantwortung. Sowohl in der

betrieblichen wie auch in der Seminarpraxis müssen sie stichhaltig argumentieren und Überzeugungsarbeit leisten.

Mit dieser Broschüre, die in Zusammenarbeit mit der Heimvolkshochschule Hustedt als bisher vierte Veröffentlichung in der Reihe „Hustedter Dialog“ erscheint, wollen wir sie dabei unterstützen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Meine', with a large, sweeping flourish extending downwards and to the right.

Hartmut Meine
IG Metall Bezirksleitung Hannover

Einleitung

Die Auseinandersetzung mit Medien-Ideologien ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer gewerkschaftlichen Überzeugungsarbeit. Es gibt zum Beispiel eine Behauptung, die seit Jahren in aller Munde ist. Sie lautet: „Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden!“ Manche nicken dann bedeutungsschwer. Tja, die Lohnnebenkosten, da wird sicher etwas dran sein, und Kosten senken ist schließlich immer gut.

Aber was sind eigentlich Lohnnebenkosten? Für wen entstehen sie und warum? Wer zahlt sie? Welche Folgen hat ihre Senkung für wen? Wer profitiert davon und wer nicht? Diese Fragen sind keineswegs in aller Munde, obwohl sie doch zuallererst auf der Hand liegen müßten.

Dies ist ein Beispiel, wie Ideologie funktioniert. Unklare und halb wahre Begriffe werden in die Welt gesetzt, um die sogenannte öffentliche Meinung zu beeinflussen. Je unverständlicher diese Begriffe für viele sind, umso erfolgreicher kann man sie in die Köpfe trommeln, wenn man sie nur laut und oft genug wiederholt.

Unsere Geschichte ist voll mit Beispielen von Ideologien. Bei diesem Begriff fällt manchen zuerst der Nationalsozialismus ein, und er ist auch eines der bisher folgenschwersten Beispiele von Ideologien. Auch der Sozialismus gilt als Ideologie, und wie er geendet hat, ist ja allgemein bekannt. Deshalb sind wir heute natürlich klüger. Uns kann man mit Ideologien nicht mehr beeindrucken, oder?

Aber ist das wirklich so? Unsere heutigen Ideologien sind oft nicht ganz leicht als solche zu erkennen, denn wir leben ja mitten darin. Sie treten auch nicht immer ganz so dramatisch auf wie die gerade genannten – ausgenommen der Fundamentalismus in einigen arabischen Ländern – , aber sie sind deshalb nicht weniger wirksam.

Eine der heutigen Ideologien ist der sogenannte *Neoliberalismus*, der unter dem Stichwort der Globalisierung die ganze Welt und unsere

gesamten Lebensbedingungen den Gesetzen des Marktes unterwerfen will. Mit einigen oft verwendeten Begriffen dieser Ideologie wollen wir uns in diesem Heft etwas eingehender beschäftigen.

Dabei beabsichtigen wir nicht, ein „Fachbuch für Wirtschaftsexperten“ vorzulegen. Es gibt bereits wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Neoliberalismus. Wir wollen stattdessen den Interessenvertretern in den Betrieben und unseren ReferentInnen in der Bildungsarbeit Argumentationshilfen für die Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen anbieten.

Wir haben eine Reihe von Begriffen ausgewählt, die – wie die bereits genannten Lohnnebenkosten – in der öffentlichen Meinung eine ideologische Funktion erfüllen und unsere gegenwärtigen Diskussionen beeinflussen. Nicht alle dieser Begriffe sind von vornherein ideologisch, sie werden aber manchmal ideologisch verkehrt, bis ihre ursprüngliche Bedeutung in ihr Gegenteil verwandelt ist.

Ein Beispiel dafür ist unser noch bestehendes Sozialsystem, das von verschiedenen Politikern und Wirtschaftsvertretern solange angegriffen und in seiner Bedeutung verdreht wurde, bis es schließlich zu dem Zerrbild einer „sozialen Hängematte für Faulpelze und Schmarotzer“ verunstaltet worden ist. Und an dieses Zerrbild glauben dann sogar manche, die ohne dieses Sozialsystem unter menschenunwürdigen Bedingungen in einer der reichsten Industrienationen der Welt existieren müssten, zu denen Deutschland nach wie vor gehört.

Dabei gerät in der öffentlichen Meinung ganz aus dem Blick, dass unsere Verfassung eine Sozialstaatsverpflichtung enthält, die auch heute uneingeschränkt Gültigkeit hat, obwohl man über die konkrete Ausgestaltung natürlich diskutieren kann und muß.

Diesen merkwürdigen Entwicklungen unserer öffentlichen Meinung wollen wir anhand verschiedener Beispiele etwas tiefer auf den Grund gehen. Wir haben die ausgewählten Begriffe einmal „gegen den Strich gebürstet“, um ihre Bedeutung wieder in ihre ursprünglichen oder teilweise auch in neue Zusammenhänge zu stellen.

Dieses Heft ist also kein Fachwörterbuch. Wir wollen statt dessen *Anstöße zum Selberdenken* geben. Ideologien sind ja deshalb so hartnäckig und tückisch, weil ihnen mit rationalen Aufklärungsversuchen oft nicht beizukommen ist. Sie greifen teilweise tief sitzende Vorurteile auf und arbeiten mit unklaren Begriffen und Halbwahrheiten.

Manche Begriffe haben wir nur einmal etwas anders beleuchtet und überlassen die Schlußfolgerungen unseren Leserinnen und Lesern.

Wir sind weder Besserwisser noch rechthaberische Ideologen. Die Texte sind aber in jedem Fall Ausdruck unserer gesellschaftspolitischen Orientierung als Mitarbeiter der IG Metall.

Zum Inhalt dieses Heftes:

Einleitend haben wir eine kurze Definition des Begriffs Ideologie vorangestellt und an einem aktuellen Beispiel aus einer Tageszeitung untersucht, wie sie heute funktioniert.

Es folgen verschiedene ausgewählte und interpretierte Begriffe.

Im Anhang sind Artikel und Daten zusammengestellt, die als Hintergrundinformation für Eure Argumentation und Diskussion dienen können.

Unser Heft schließt mit zwei Artikeln, die sich mit aktuellen Diskussionen in den Gewerkschaften auseinandersetzen: „Gewerkschaften zwischen Tradition und Modernisierung“ und „Demokratische Grundwerte und Soziale Kultur“. Ideologien entstehen ständig neu. Gegenwärtig wird eine politische Debatte um den Begriff der Gerechtigkeit geführt.

Es ist einer der zentralen Begriffe gewerkschaftlicher Politik. Deshalb müssen wir uns in diese Debatte aktiv einbringen. Die Artikel sollen einige Anregungen dazu vermitteln.

Für weitere Hinweise oder Textvorschläge sind wir jederzeit offen und dankbar, um unsere Argumentationshilfen für die Bildungsarbeit aktuell gestalten zu können.

Was sind „Ideologien“?

Ideologien sind ...

„... Vorstellungen und Meinungen über die soziale und politische Wirklichkeit der Gesellschaft, die den Anspruch der Wahrheit und Allgemeingültigkeit erheben, obwohl sie unwahre, halb wahre oder unvollständige Gedankengebilde sind.“

Lexikon der Politik: Gesellschaft und Staat, München 1995

Ideologie-Beispiel aus einer Tageszeitung

Schröders Waterloo

Das ist Gerhard Schröders ganz persönliches Waterloo, das Ergebnis von fünf Jahren Schlingerkurs zwischen Markt und staatlicher Reglementierung, fehlendem Mut zu Reformen, Abgaben-Überlast und handwerklichen Fehlern zuhauf. 4,7 Millionen Arbeitslose. Schon im nächsten Monat könnten die 4,8 Millionen der Kohl-Ära erreicht sein. Nun wartet das Land darauf, welche Konsequenzen Schröder endlich aus dem wirtschaftlichen Niedergang ziehen wird. Am 14. März, so streuen es seine Büchsenpanzer, wird er uns eine bittere Medizin verordnen.

Fragt sich nur, ob auch die eigene Partei, die Gewerkschaften und die sozialen Organisationen bereit sind, sie zu schlucken. Denn die Republik ist zugepflastert mit Ansprüchen, Besitzständen und Verbotsschildern. Eine Veto-Kratie, wie schon Helmut Schmidt schimpfte. Der Sozialstaat ist

zum Fürsorgestaat aufgebläht worden, der keine Probleme mehr löst, sondern selbst das größte ist.

Die Prognose sei schon jetzt gewagt: Über so viele Reparaturkolonnen verfügt Gerhard Schröder nicht, wie zum sofortigen Rückzug aus der Sackgasse nötig sind. Denn Schulden, Steuern, Arbeitslosigkeit und Lohnnebenkosten benennen nur die großen Problemfelder; es geht auch um ein über Jahrzehnte gefördertes Anspruchsdenken, um gigantische Geldverschwendung, bürokratischen Wildwuchs und vieles mehr. 4,7 Millionen Arbeitslose sind schließlich nicht über Nacht entstanden. Aber es wäre wenigstens ein Anfang, wenn der Bundeskanzler eine generelle Kurskorrektur einläuten würde, hin zu mehr Wettbewerb, Eigeninitiative und finanzierbarer sozialer Sicherheit für die wirklich Bedürftigen.

Kommentar: Georg Spranger, Celler Zeitung, 7. März 2003

Ideologie-Analyse des Zeitungsartikels

Text-Art

Es handelt sich um einen Kommentar aus einer regionalen Tageszeitung. Kommentare dienen nicht der Information, sondern stellen *Meinungen* zu aktuellen Sachverhalten dar. Sie müssen deshalb nicht „objektiv“ sein. Ihre Aufgabe ist es, die vermuteten Ansichten und Vorstellungen der Leser zu bestärken, um ihre Bindung an das Blatt zu erhalten und zu fördern. Man findet gern in „seiner“ Zeitung die eigene Meinung bestätigt. Kommentare geben also in der Regel die herrschende Meinung der Leserschaft wieder.

Fragen an den Text

- ▲ Welche Behauptungen werden aufgestellt und wie werden sie begründet?
- ▲ Welche Begriffe werden mit welcher Absicht verwendet?
- ▲ Welche Alternativen oder Schlußfolgerungen werden aufgezeigt?

Behauptungen/Begründungen

- ▲ Behauptet wird, Arbeitslosigkeit sei das Ergebnis falscher Politik. Als Begründungen werden angeführt:
 - Schlingerkurs zwischen Markt und Reglementierung,
 - Fehlender Mut zu Reformen,
 - Abgabenüberlast,
 - Handwerkliche Fehler.

Beweise/Belege:

Keine. Es wird offenbar unterstellt, daß die Leser diese Begründungen auch ohne jede Beweisführung teilen. Daß Arbeitslosigkeit durch Arbeitsplatzabbau in der Wirtschaft entsteht, bleibt unerkannt.

- ▲ Behauptet wird, Deutschland befinde sich in einem „wirtschaftlichen Niedergang“.

Belege:

Keine. Deutschland gehört nach wie vor zu den reichsten Industrienationen der Welt.

- ▲ Behauptet wird, Deutschland sei „zugepflastert mit Ansprüchen, Besitzständen und Verbotsschildern“.

Belege:

Keine. Es bleibt offen, wer denn diese Ansprüche formuliert und wer seine „Besitzstände“ wahrt. Die Reichen oder die Armen?

- ▲ Behauptet wird, der „aufgeblähte Sozialstaat“ sei das größte Problem.

Belege:

Keine. Der bereits seit zwei Jahrzehnten politisch durchgesetzte Sozialstaatsabbau bleibt unerkannt oder bewußt unberücksichtigt.

- ▲ Behauptet wird, weitere Probleme seien die Schulden, Steuern, Lohnnebenkosten, Anspruchsdenken, gigantische Geldverschwendung, bürokratischer Wildwuchs.

Belege:

Keine. Offen bleibt, wer dies alles verursacht. *Wer* formuliert zum Beispiel Ansprüche? *Wer* zahlt zu viel oder zu wenig Steuern? *Wer*

betreibt eine gigantische Geldverschwendung? Der Staat, die Wirtschaft, die Arbeitslosen? *Wer* macht oder verursacht Schulden und warum?

Verwendung von Begriffen

Neben den üblichen umgangssprachlichen „Fachbegriffen“ werden wertende Begriffe formuliert, die eine Herabwürdigung der als Schuldige erkannten Politiker beabsichtigen:

- persönliches Waterloo (Napoleon!)
- Schlingerkurs, Sackgasse,
- Büchsenspanner, Reparaturkolonne,
- Bittere Medizin, Wildwuchs,
- zupflastern, aufblähen, verschwenden.

Da es sich um keinen Fachartikel handelt, sondern um einen Kommentar, ist ein drastischer Sprachgebrauch üblich und nicht kritikwürdig. Aber Begriffe wie Büchsenspanner und Reparaturkolonne zielen auf eine Diffamierung der Politik, die auf völlig unbelegten Behauptungen aufbaut.

Alternativen/Schlußfolgerungen

Gefordert wird eine „generelle Kurskorrektur“, die folgendermaßen aussehen soll:

- Mehr Wettbewerb,
- Eigeninitiative,
- „Finanzierbare“ soziale Sicherheit für „wirklich Bedürftige“.

Auswertung

An einen Zeitungskommentar dürfen keine allzu hohen Maßstäbe an die korrekte Argumentation und Beweisführung gestellt werden. Er erhebt keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Er muß aber daraufhin überprüft werden, ob er eine abgewogene Meinung oder schlichte Ideologie vertritt. Im wesentlichen gibt dieser Kommentar Argumente wieder, die in der öffentlichen (Medien-)Diskussion als gegenwärtig herrschende Meinung gelten. Zusammengefaßt lautet diese Argumentation folgendermaßen:

- Deutschland steht vor einem kaum zu bewältigenden Probleberg.
- Schuld haben die Politiker und das bestehende Sozialsystem.
- Die Lösung: Das Sozialsystem abbauen und die Wirtschaft fördern.

Alle drei Argumente halten einer ökonomischen Analyse nicht stand, sie sind letztendlich falsch. Die zur Beweisführung notwendigen Daten und Fakten sind jedem frei zugänglich beim Statistischen Bundesamt und bei Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituten. Diese regelmäßig und aktuell veröffentlichten Daten und Fakten ergeben folgendes Bild:

Deutschland ist nach wie vor die drittgrößte Industrienation der Welt mit hohem Exportüberschuß. Die Unternehmens-Gewinne und die Unternehmer-Einkommen wachsen mit Schwankungen seit rund zwei Jahrzehnten ständig, während die Reallöhne, der soziale Standard der Bevölkerung und der Kommunen im gleichen Zeitraum ständig sinken. Gegenwärtig werden die noch bestehenden sozialen Sicherungssysteme systematisch weiter abgebaut.

Verantwortlich für die Arbeitslosigkeit ist nicht „die Politik“, sondern der immer umfassendere Arbeitsplatzabbau in allen Wirtschaftszweigen. Die heutigen Finanzierungsprobleme des Sozialsystems sind eine Folge dieses sinkenden Lohnarbeitsvolumens, weil damit auch das Steueraufkommen ständig sinkt bei gleichzeitig steigender Ausgabenlast durch wachsende Arbeitslosigkeit. Allerdings sind langfristig darüber hinaus noch demografische Entwicklungen (Alterspyramide) verschärfend wirksam.

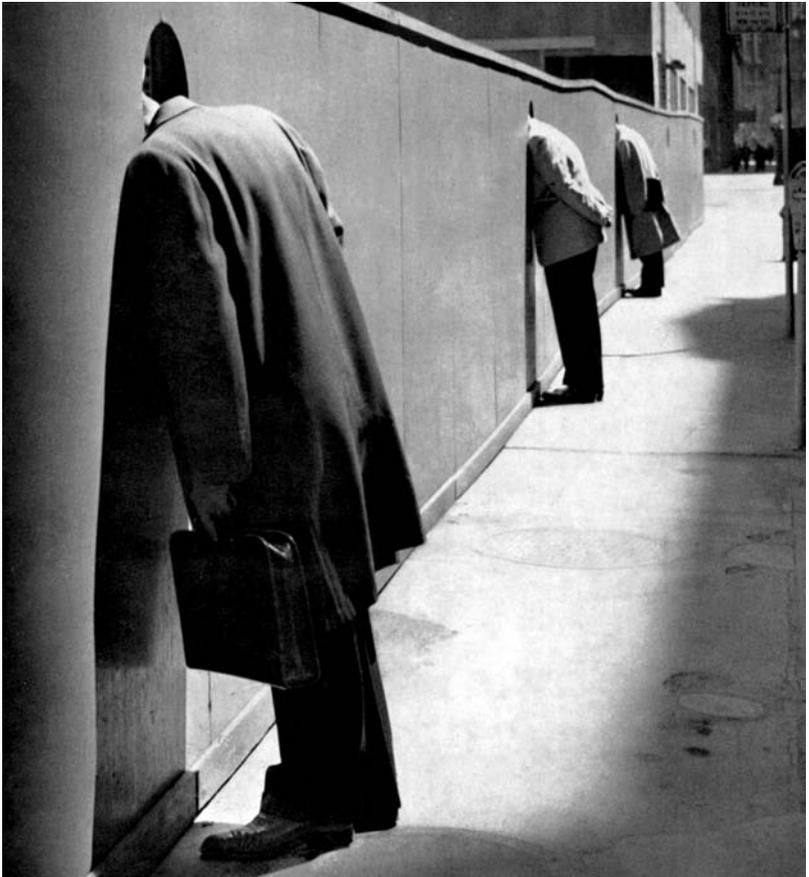
Sowohl das Bruttosozialprodukt, der Produktivitätsgrad, die Lohnstückkosten als auch das vorhandene Volksvermögen erlauben eine durchaus positive Entwicklungsperspektive der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Dies allerdings nur dann, wenn es gelingt, die *Verteilungsfrage* zu lösen! Diese Frage ist der zentrale Punkt, um den sich die gegenwärtigen ideologischen Auseinandersetzungen bewegen.

In immer weniger Händen ballt sich ein immer skandalöserer Reichtum zusammen, während die Kommunen, Regionen und die Gesellschaft insgesamt sichtbar zu verarmen beginnen. In immer höherem Maße werden die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert, also der Verantwortung der Politik und der Bevölkerung überlassen. Das ideologische Schlagwort hierzu ist die „Stärkung der Eigenverantwortung“ der Besitzlosen! Von diesem Blickpunkt aus lautet die korrekte Beurteilung des Kommentars:

Es handelt sich um pure Ideologie, und zwar um eine Ideologie im Interesse der Wirtschaft – gegen die Interessen der Gesellschaft und der Bevölkerung.

Es bleibt die Frage zu beantworten, weshalb ein Kommentator einer Regionalzeitung die ideologischen Interessen der deutschen Wirtschafts-Eliten vertritt, zu denen er selbst vermutlich keineswegs gehört. Wird er

dafür reich belohnt oder handelt es sich einfach nur um schlichte Dummheit? Beides trifft sicher nicht zu. Er gibt lediglich die gegenwärtig „herrschende Meinung“ wieder. Und kann man es dem Kommentator vorwerfen, wenn diese Meinung von schlichter Dummheit nicht zu unterscheiden ist? Ideologie ist eben, wenn die meisten daran glauben.



Begriffe richtig begreifen

Auf den folgenden Seiten haben wir ausgewählte Stichworte aus der sogenannten öffentlichen Meinung zusammengestellt und interpretiert. Begriffe begreifen heißt, diese Stichworte einmal anders betrachten, bis ihr manchmal verborgener Sinn zum Vorschein kommt.

Unsere Sprache dient eigentlich dazu, daß wir uns mit ihrer Hilfe gemeinsam verständigen. Aber oft wird sie auch dazu mißbraucht, etwas zu verschleiern. Das ist meistens dann der Fall, wenn der Öffentlichkeit irgend etwas Unangenehmes mitgeteilt werden soll, wozu man aber ihre Zustimmung benötigt, um es umsetzen zu können.

Ein aktuelles Beispiel ist der Begriff Reform. Damit soll erreicht werden, daß die Leser den Eindruck gewinnen, daß zum Beispiel die Renten oder unser Sozialsystem durch Reformen verbessert werden. Das ist aber nicht der Fall. Es geht im Gegenteil darum, die Öffentlichkeit zu überzeugen, daß die Renten gekürzt und unser Sozialsystem eingeschränkt werden soll. Mit dem Begriff „Reform“ wird dieses Ziel vernebelt und unkenntlich gemacht.

Es erfordert manchmal ein wenig Übung, um diese verschleiernenden Begriffe ausfindig zu machen und ihre wahre Bedeutung zu erkennen. Die folgenden Beispiele können als *Übungsmaterial* dienen, um selbst weitere Begriffe zu untersuchen. Die Sprache unserer Medien ist voll davon, man muß nur richtig hinschauen ...

„Chefsache“

Wenn in der Politik irgendein Problem zur Chefsache erklärt wird, dann finden das viele Bürger meist sehr beruhigend. Endlich nimmt die Sache mal jemand in die Hand! Genau besehen ist das aber alles andere als beruhigend. Es bedeutet nämlich, daß die demokratische Meinungsbildung über Lösungen des Problems beendet ist und daß nun „der Chef“ entscheidet. Basta!



Manche glauben, daß es eben manchmal nicht anders geht. Auch im Betrieb muß ja schließlich irgendwer eine Entscheidung treffen, sonst läuft doch nichts, oder? Betriebe sind allerdings auch nicht demokratisch organisiert, sondern unterliegen der Entscheidungsgewalt der Eigentümer. Was dort wie getan wird, entscheiden letztendlich sie und niemand sonst.

Da wir aber – gottseidank – nicht mehr in einer Sklavenhaltergesellschaft leben, müssen dieser Entscheidungsgewalt Grenzen gesetzt werden. Denn sonst kann es passieren, daß die Beschäftigten bei geringstem Lohn unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten müssen, wie es früher auch wirklich der Fall war. Deshalb haben die Gewerkschaften in jahrzehntelangen Kämpfen Arbeitsschutz- und Betriebsverfassungsgesetze durchsetzen müssen.

Und in der Politik ist es nicht anders. Demokratie ist kein Geschenk des Himmels, sondern auch sie mußte in mehr als hundertjährigen Kämpfen mühsam erstritten und immer wieder verteidigt werden – bis heute. Auch jetzt versuchen die Wirtschaftsführer wieder, die bestehenden Rechte und Mitbestimmungsgesetze zurückzudrängen und auszuhebeln.

Wer sich Politik nur nach dem Führerprinzip vorstellen kann, der sollte sich mal mit der Geschichte des letzten deutschen „Führers“ beschäftigen. Demokratie ist ein mühsamer Prozeß der Entscheidungsfindung, aber dazu gibt es keine wirklich wünschenswerte Alternative. Demokraten lehnen autoritäre Chefsache-Ideologen grundsätzlich ab. Und darum muß auch unsere Wirtschaft weiter demokratisiert werden.

„Demokratie“

Demokratie heißt: Herrschaft des Volkes. Viele Länder der Welt nennen sich „demokratisch“. Seltsamerweise unterscheiden sich diese demokratischen Systeme sehr, wenn man sie genauer betrachtet. Problematisch ist weiterhin, dass die Definitionen von Demokratie – in Wörterbüchern und auch in der Geschichte – diese Ungenauigkeiten ermöglichen. Zunächst ist nur wichtig, dass ein Volk mindestens seine politischen Vertreter wählt.

Die erste Merkwürdigkeit zeigt schon das sogenannte Volk: wer genau gehört danach zum Volk? Volk muss leider nicht zwingend heißen, dass alle Menschen, die entscheidungsfähig sind, auch entscheiden dürfen. Das trifft zum Beispiel auf Millionen Einwohner Deutschlands zu, die zwar hier wohnen, arbeiten und Steuern zahlen, aber nicht als Deutsche gelten.

Zweitens muss etwas gewählt werden, aber was? Bundestagsabgeordnete? Delegierte für Gremien? Betriebsräte? Inhaltliche Entscheidungen? Wirtschaftliche Prozesse? Auch hier wird also ein großer qualitativer Unterschied deutlich, da einige Wahlen gesellschaftlich bestimmend sind und auch die Lebens- und Arbeitssituation der Wähler – also des Volkes – maßgeblich beeinflussen.

Bei anderen (Pseudo-)Wahlen hingegen geht es nicht darum, die eigene Lebens- und Arbeitswelt zu beeinflussen, sondern nur darum, irgend etwas zu wählen und damit den Anschein von Mitbestimmung zu bieten (wie z. B. einen „Superstar“). Das Ziel von Wahlen sollte jedoch eine demokratische Mitgestaltung der Lebens- und Arbeitswelt einer Gesellschaft sein.

Für eine soziale und gerechte Gesellschaft müsste auch die Möglichkeit einer Wirtschaftsdemokratie in Erwägung gezogen werden. Diese Forderung wurde schon bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gestellt, damit wirtschaftliche Macht nicht missbraucht werden



Bankentürme in Frankfurt

kann. Für die Arbeitnehmer ist eine betriebliche Mitbestimmung gesetzlich verankert worden. Sie können Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertreter wählen, die ihre Interessen vertreten.

Das ist aber noch keine Wirtschaftsdemokratie. Es werden nämlich keine wirtschaftlichen Entscheidungen gemeinsam entschieden. Dazu zählen die Art der Produktion, die Produkte, die Produktionsorte, die Unternehmensstruktur und nicht zuletzt die Manager eines Unternehmens. Hier wäre zwingend eine weiterreichende Mitbestimmung und Demokratisierung notwendig, damit die wirtschaftlichen Prozesse nicht zu einem Selbstzweck für Einzelne werden und möglicherweise mehr Schaden anrichten als Nutzen für die Gesellschaft bringen.

Kann überhaupt noch von einer Demokratie gesprochen werden, wenn Mehrheiten der Meinung sind, dass „die da oben sowieso machen, was sie wollen“? Um Entscheidungen treffen zu können, brauchen wir keine BILD-Mediendemokratie, die uns allmorgendlich unsere Meinung serviert. Statt dessen brauchen wir eine Bildung, die Menschen umfassend informiert und ihnen eine eigene Positionsbestimmung zu gesellschaftlichen Prozessen ermöglicht. Denn sonst ist die Frage eines deutschen Dichters auch heute noch berechtigt: „Alle Macht geht vom Volke aus, aber wo geht sie hin?“

„Demokratisierung“

Die IG Metall hat in ihrer Satzung die Demokratisierung der Wirtschaft als politisches Ziel formuliert. Viele können sich jedoch nichts Konkretes darunter vorstellen. Manche glauben, mit dem Betriebsverfassungsgesetz sei dieses Ziel bereits erreicht. Andere glauben sogar, daß dieses Ziel nicht realisierbar sei und deshalb unsinnig ist.

Das Ziel der Demokratisierung umfaßt aber die gleichberechtigte Mitbestimmung bei wichtigen wirtschaftlichen Unternehmensentscheidungen, die es bis heute noch nicht in vollem Umfang gibt. Die bestehenden Mitbestimmungsregelungen ermöglichen den Kapitalbesitzern im Streitfall immer noch die letzte Entscheidung.

Das ist Vielen nicht bekannt, und deshalb machen sie oft die Gewerkschaften und die Betriebsräte auch für Unternehmensentscheidungen verantwortlich, die diese gar nicht beeinflussen können. In den meisten Fällen müssen sie sich damit begnügen, lediglich die Folgen dieser Entscheidungen für die Beschäftigten sozial verträglich zu gestalten. Das hat dem Ansehen der Mitbestimmung in der Öffentlichkeit großen Schaden zugefügt. Die IG Metall hat aber in ihrer Satzung ganz konkrete Vorstellungen entwickelt, wie sie diese Demokratisierung umgesetzt sehen will. Erstens durch eine vollgültige Mitbestimmung bei Unternehmensentscheidungen und in der Gesamtwirtschaft. Zweitens durch die Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten. Drittens durch die Überführung von marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.

Dies sind politische Forderungen, von denen bis heute noch keine einzige verwirklicht worden ist. Ganz im Gegenteil: Die Politik überläßt heute unter den Schlagworten ›Deregulierung und ›Privatisierung immer mehr ehemals staatlich organisierte Dienstleistungen (Post, Bahn, Energieversorgung usw.) der Privatwirtschaft. Das Ergebnis ist, daß dort tausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert worden sind und daß gleichzeitig diese Dienstleistungen für die Verbraucher immer

§ 2 Aufgaben und Ziele der IG Metall

Die IG Metall hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen der Mitglieder zu fördern. Ihre Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmen, Konfessionen und politischen Parteien hat sie jederzeit zu wahren. Sie bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und setzt sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit ein. Sie fördert aktiv die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft.

Die IG Metall wahrt und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte. Die Verteidigung dieser Rechte und der Unabhängigkeit sowie Existenz der Gewerkschaften erfolgt notfalls durch Aufforderung des Vorstandes an die Mitglieder, zu diesem Zweck die Arbeit niederzulegen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG).

Aufgaben und Ziele der IG Metall sind insbesondere:

1. Zusammenschluß aller im Organisationsbereich der IG Metall Beschäftigten zum gemeinsamen Handeln;
2. Erzielung günstiger Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen durch den Abschluß von Tarifverträgen;
3. Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen;
4. Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum;
5. Mitbestimmung in der gesamten Berufsbildung einschließlich des Schul- und Hochschulwesens;
6. Verbesserung und einheitliche Gestaltung eines demokratischen Arbeits- und Sozialrechtes;
7. Sicherung der rechtlichen Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit, insbesondere durch

IG Metall-Satzung (Auszug als Faksimile), Frankfurt/Main 2000

teurer werden, denn die Wirtschaft will schließlich Gewinne damit machen.

Das Ziel der Demokratisierung der Wirtschaft ist also ein politisches Programm, mit dem der gegenwärtigen Politik des **Neoliberalismus** ein demokratisches Alternativmodell gegenübergestellt wird. Wenn wir die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft nicht weiterhin allein der Wirtschaft überlassen wollen, müssen wir dieses Programm wieder wirksam vertreten, in den Betrieben, in der Region und in der Öffentlichkeit.

„Deregulierung“

Auch manche Kolleginnen und Kollegen unterstützen eine Deregulierung. Wörtlich bedeutet es: Regeln abbauen. Wer fühlt sich heute nicht übermäßig „reguliert“? Durch Vorschriften, Ämter, Bürokratie, durch Vorgesetzte usw.

Die sind aber mit diesem Stichwort nicht gemeint. Es handelt sich vielmehr um eine politische Forderung des > Neoliberalismus. Der strebt den Abbau möglichst aller staatlichen Einflußnahmen auf die Wirtschaft an, denn wir leben bekanntlich in der sogenannten freien Marktwirtschaft.

Es gibt aber noch eine andere Bezeichnung für unser Wirtschaftssystem, nämlich die Soziale Marktwirtschaft. Nun weiß aber jeder, der schon einmal einen Wirtschaftsbetrieb von innen erlebt hat, daß es dort keineswegs besonders sozial zugeht. Und eine Marktwirtschaft, die durch immer mehr Technik immer mehr Menschen arbeitslos macht, ist alles andere als sozial.

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, ein Recht auf eine Berufsausbildung und auf Arbeit müssen also durch demokratische Einflußnahmen erst in der Wirtschaft durchgesetzt werden, wie z.B. durch Betriebsverfassungsgesetze und andere Arbeitsschutzgesetze. Ohne diese Regulierung wären die einzelnen Beschäftigten der Wirtschaft letztendlich hilflos ausgeliefert.

Deregulierung ist also bei genauer Betrachtung ein ideologischer Kampfbegriff, mit dessen Hilfe die Befreiung der Wirtschaft von allen sozialen Gesetzgebungen politisch durchgesetzt werden soll.

Übrigens: Auch in einer deregulierten Wirtschaft würde kräftig reguliert, dann allerdings nur noch durch die Wirtschaftsführer selbst. Die nennen das jedoch nicht Regulierung, sondern dann heißt es „effektives Qualitätsmanagement“. Darauf muß man erst mal kommen!

„Dogmatiker“

Ein Dogmatiker ist jemand, der unumstößliche Gewissheiten vertritt und sich nicht darin beirren lässt. Ursprünglich kommt dieser Begriff aus der Kirchengeschichte. Ein Dogma ist ein feststehender Glaubenssatz. Wer nicht an Gott glaubt, kann kein Christ sein.

Heute wird der Begriff „Dogmatiker“ besonders gern in der Politik verwendet. Meist wird er auf jene gemünzt, die an bestimmten Theorien festhalten und nicht jede neue Theorie oder jede Form von Modernisierung allein schon deshalb für richtig halten, weil sie gerade modern erscheint.

Als Dogmatiker gelten also Vertreter bekannter Theorien, wenn diese politisch nicht mehr erwünscht sind, und zwar unabhängig davon, ob die Theorien richtig oder falsch sind. Nicht als Dogmatiker gelten dagegen diejenigen, die neue und politisch erwünschte Theorien vertreten, und zwar auch unabhängig davon, ob die Theorien richtig oder falsch sind. Was gerade modern ist, kann doch nicht falsch sein, oder?

Und so kommt es, dass zum Beispiel Marxisten Dogmatiker sind, radikale Vertreter des > Neoliberalismus aber nicht. Denn der Marxismus ist längst überholt, der Neoliberalismus dagegen neu, wie sein Name bereits behauptet. Dass diese „neue“ Theorie jedoch ein Zurück in die Zeiten des Frühkapitalismus predigt und damit in höchstem Maße dogmatisch ist, bleibt den Meisten verborgen.

Heute gelten zum Beispiel diejenigen als Dogmatiker, die unser Land für einen sozialen Rechtsstaat halten – was es nach unserer Verfassung auch tatsächlich ist – und deshalb unser Sozialsystem verteidigen. Keine Dogmatiker sind dagegen jene, die jeden sozialen Schutz abbauen und eine marktradikale Ellenbogengesellschaft errichten wollen. Aber wie bereits gesagt, der Neoliberalismus, der dieses Ziel anstrebt, ist eine neue Theorie. Und wer mag sich schon gegen Neues sperren? Vermutlich doch nur wieder diese längst überholten „Dogmatiker“, nicht wahr?

„Eliten“

Früher gehörten zu unseren Eliten einmal unsere „Dichter und Denker“. Sie müssen wohl mittlerweile ausgestorben sein. Heute zählen zu unseren Eliten statt dessen die Macher und Lenker in Wirtschaft und Politik.

Das muß Gründe haben. Hat es auch. Denn Bildung und Kultur, die einmal die Zugehörigkeit zu den Eliten unserer Gesellschaft gekennzeichnet haben, sind heute zu einer Freizeitbeschäftigung für die Freunde des Guten und Schönen herabgesunken. Was heute allein zählt, ist Leistung!

Weil sich Leistung ja bekanntlich lohnen muß, gehören deshalb zu unseren heutigen „Eliten“ nur noch diejenigen, die über mindestens fünfstelliges Monatseinkommen verfügen. Das sind aber nur die kleinen „Leistungsträger“, als die ja unsere Eliten heute etwas treffender bezeichnet werden.

Die wirklichen Eliten haben weit mehr. Jahres-Einkommen von mehreren Millionen Euro gelten in den elitären Top-Managerkreisen keineswegs als unanständig, sondern als Elite-Visitenkarte. Und die Elite-Zugehörigkeit bei unseren Kapitalbesitzern beginnt erst an der Milliarden-grenze. Die allerfeinste Elite hat diese Grenze nicht nur einmal, sondern bereits mehrmals überschritten, wie etwa die Elite-Brüder Albrecht (Aldi-Märkte).

Da haben wir es doch weit gebracht, oder? Mit dem Dichten und insbesondere mit dem Denken ist es aber bei uns nicht mehr weit her. Wer könnte denn schon auch nur einen einzigen Angehörigen unserer heutigen Eliten als einen „Denker“ benennen? Aber man kann eben nicht alles haben ...

Die Top-Jahresgehälter leitender Angestellte in Deutschland ...



Josef Ackermann
DEUTSCHE BANK
6,3 Mio \$



Ulrich Hartmann
EON
2,98 Mio \$



Jürgen-E. Schrempp
DAIMLERCHRYSLER
2,46 Mio \$



Heinrich v. Pierer
SIEMENS
2,31 Mio \$



Michael Diekmann
ALLIANZ
2,25 Mio \$

Quelle: Financial Times Deutschland vom 3. September 2003

... sind „Peanuts“ gegenüber dem Privatvermögen des deutschen Geldadels.



Theo Albrecht
ALDI NORD
15 Mrd. Euro



Karl Albrecht
ALDI SÜD
14,5 Mrd. Euro



Werner Otto
OTTO VERSAND
6,2 Mrd. Euro



Susanne Klatten
BMW, ALTANA
6 Mrd. Euro



Friedrich Karl Flick
FLICK-HOLDING
5,3 Mrd. Euro

Quelle: Manager-Magazin, Stand: 15. Januar 2003

„Flexibilisierung“

Wer nicht flexibel ist, gilt als starr und unbeweglich. Unsere Wirtschaft muß immer flexibler werden, weil die Konkurrenz auf dem Weltmarkt bekanntlich nicht schläft.

Gegen Flexibilisierung ist also nichts einzuwenden. So könnte beispielsweise unsere Wirtschaft flexibel alternative Energienutzungskonzepte für den Individualverkehr entwickeln und damit weltweit die Nase vorn haben. Hier ist sie aber äußerst starr und unbeweglich.



Viel beweglicher zeigt sich unsere Wirtschaft, wenn es darum geht, den Beschäftigten mehr Flexibilität abzuverlangen. Sie sollen möglichst sieben Tage in der Woche rund um die Uhr verfügbar sein, aber natürlich immer nur dann, wenn sie gebraucht werden.

Bei der Flexibilisierung der Arbeitsorganisation hat unsere Wirtschaft auch gute „Erfolge“ aufzuweisen. Mit Teilzeitarbeitsmodellen und Just-in-time-Logistik werden die Beschäftigten und die mittelständischen Zulieferfirmen so flexibel ausgepresst, dass sie in vielen Fällen bereits nur noch ums nackte Überleben kämpfen. Müsste es dagegen nicht Schutzgesetze geben? Sicher, aber das wäre doch bürokratisch und unflexibel, oder?

„Die Verwandlung des Heinz K.“ Montage eines Teilnehmers im Seminar „Zukunft der Arbeit“

„Freiheit“

*„Leben! Einzel und frei wie ein Baum und
brüderlich wie ein Wald, ist unsere Sehnsucht!“*

Nazim Hikmet

Freiheit umfaßt immer auch die Freiheit der Andersdenkenden. Mit dieser Feststellung von Rosa Luxemburg wird treffend zum Ausdruck gebracht, daß Freiheit nur auf dem Boden humaner und sozialer Toleranz und Gerechtigkeit wachsen kann.

Heute wird Freiheit aber oft ganz anders begriffen. Freiheit ist, wenn jeder tun und lassen kann, was er will – auch auf Kosten anderer. So etwas nennt man aber eigentlich nicht Freiheit, sondern rücksichtslosen Egoismus! Sein zynisches Motto lautet: Wenn jeder für sich selbst sorgt, ist doch für alle gesorgt.

Diese völlige Verkehrung des Begriffs von Freiheit in das Gegenteil muß Gründe haben. Wenn wir unsere Gesellschaft etwas genauer betrachten, dann sind diese Gründe schnell ausfindig gemacht. Sie betrachtet sich nämlich selbst als die sogenannte Freie Welt, im Gegensatz zum Sozialismus, der sich bereits aus der Geschichte verabschiedet hat. Unter dem Stichwort der Globalisierung wird nun die ganze Welt zur Freien Welt. In diesem Paradies herrscht jetzt nur noch Freiheit, also auch eine freie Marktwirtschaft.

Soviel Freiheit war nie! Wer sich jetzt immer noch nicht frei fühlt, hat selber schuld. Jetzt gilt uneingeschränkt „freie Fahrt für freie Bürger“! Und wer da im Weg steht, hätte eben schnell genug zur Seite springen müssen.

Diese Freiheit ist nichts anderes als das uneingeschränkte Recht des Stärkeren, das bereits einmal in der Steinzeit gegolten hat. Diese „Freiheit“ ist asozial, weil sie jeden niederwalzt, der nicht mithalten kann. Und das gilt nicht nur für die Alten, die Kranken, die Behinderten.

Niedergewalzt werden auch Millionen abhängig Beschäftigter, die während ihrer Arbeit von Freiheit nur träumen können, solange sie überhaupt noch eine haben. Der Armutsbericht der Arbeiterkammer Bremen von 2003 weist aus, daß rund zwanzig Prozent der beschäftigten Arbeitnehmer an der Armutsgrenze leben. Und den vier Millionen Arbeitslosen geht es mitsamt ihren Familien noch schlechter.

Die abhängig Beschäftigten haben natürlich die Freiheit, sich wenigstens außerhalb der Arbeit ein bißchen frei fühlen zu dürfen. Zum Beispiel abends in der Disco, im Kleingarten oder wo auch immer. Am nächsten Morgen ist dann wieder Schluß mit lustig. Wem das nicht paßt, der behält das besser für sich. Sonst kann es ihm passieren, daß er „freigesetzt“ wird!

Trotz allem Freiheits-Gerede unserer Wirtschafts-ideologen ist die Masse der Bevölkerung von Freiheit immer weiter entfernt.



„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“



„Die Freiheit führt
das Volk an“
Eugène Delacroix, 1830

Diese berühmte Parole der Französischen Revolution von 1789 war das politische Programm des Bürgertums. Nachdem die Arbeiterklasse (das Proletariat) in die Geschichte eintrat, wurden alle drei Ziele der Revolution aber von der ehemals revolutionären, bürgerlichen Klasse radikal beschnitten. Es bedurfte ein Jahrhundert Klassenkämpfe, bis die Arbeiterbewegung die ursprünglichen bürgerlichen Gesellschaftsziele gegen das Bürgertum selbst durchsetzen konnte.

Deutschland hat ein Grundgesetz, das sich gegenüber der Wirtschaftsordnung neutral verhält. Demokratie wird keineswegs mit Kapitalismus gleichgesetzt. Die Grundgesetzartikel enthalten: Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Möglichkeit der Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit, die Überführung von Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum.

Seit der neoliberalen Revolution mit Beginn der 80er Jahre kommt es zu einer paradoxen Lage: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit stehen erneut

zur Diskussion, die Gesellschaft fällt erneut vor 1789 zurück. Die Freiheit des Wählens wird reduziert, weil die Parteien sich so ähnlich sind, dass oft nur noch der öffentliche Sympathiewert des jeweiligen Kandidaten die Wahl entscheidet. Immer größer wird die Partei der Nichtwähler.

Die im Sozialstaat angestrebte *Gleichheit* wird nicht nur abgebaut, sondern die Ungleichheit wird geradezu ein politisches Programm. Bestenfalls soll es noch um Chancengleichheit gehen, wobei längst bekannt ist, dass dies meist nur eine Illusion ist. Die Ungleichheit der Eigentums- und Besitzverhältnisse soll sich „positiv“ auswirken, damit die, die unten sind, sich bedingungslos anpassen. Von materieller Gleichheit ist seit langem nicht mehr die Rede. Steigen sollen die Managergehälter, nicht die Löhne! Und das, obwohl die Jahreseinkommen von Managern die Millionengrenze oft bereits mehrfach überschreiten.

Brüderlichkeit (bzw. *Schwesterlichkeit*) ist unserer Gesellschaft so fremd geworden, dass scheinbar nur noch Pastoren damit etwas anfangen können. Der Zerfall der Industriearbeiter-Milieus trägt auch dazu bei, Brüderlichkeit zu vergessen. Die Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus der Arbeitsgesellschaft, die Entstehung einer neuen „Unterschicht“, der aggressive Angriff gegen die Arbeitslosen, all dieses ist das Gegenprogramm von Brüderlichkeit.

Viele fühlen sich heute hilflos gegenüber der neoliberalen Politik. Wenn die Betroffenen sich aber freimachen von der Illusion, die politischen Parteien allein würden ihre Interessen vertreten, wenn sie stärker erneut die Gewerkschaften als Gegenmacht begreifen, dann könnte auf längere Sicht auch gegen die herrschende Politik eine neue Gesellschaft in Form einer modernen Wirtschaftsdemokratie entstehen.

„Gegenmacht“

Die Gewerkschaften betrachten sich traditionell als Gegenmacht zu den Interessen der Kapitalbesitzer. Seit den Modernisierungsdebatten steht diese traditionelle Definition in der Kritik.

Mit dem sozialen Wandel, so wird argumentiert, hätte sich auch die gesellschaftliche Orientierung der Mitglieder stark verändert. Heute würde vor allem Kooperationsfähigkeit von den Gewerkschaften erwartet. Es ginge nicht mehr um grundsätzliche Interessengegensätze, sondern um eine kooperative Aushandlung aktueller betrieblicher Konflikte.

Das Ergebnis dieser Debatten ist gegenwärtig noch offen. Letztendlich geht es dabei um die Frage, ob sich die Gewerkschaften von ihren politischen und gesellschaftlichen Positionen verabschieden und sich nur noch auf ihre betrieblichen Aufgaben konzentrieren sollten.

Wenn die Gewerkschaften aber nicht mehr als eine gesellschaftliche Gegenmacht wahrgenommen werden, dann werden sie auch in den Betrieben wohl kaum eine durchsetzungsfähige Kraft darstellen.

Die Medien verkünden bereits teilweise schadenfreudig, dass den Gewerkschaften die Mitglieder in Scharen davonlaufen. Wie sieht es aber wirklich aus? Natürlich sinken bei ständigem Arbeitsplatzabbau tendenziell auch die Mitgliederzahlen. Die Gewerkschaften haben aber rund 8 Millionen Mitglieder. Es gibt in Deutschland keine einzige auch nur annähernd so starke gesellschaftspolitische Organisation, wenn man von den Kirchen und den Autofahrern einmal absieht, die aber keine einheitliche politische Position vertreten können und wollen.

Allein die IG Metall hat mit 2,6 Millionen Mitgliedern mehr Mitglieder als alle demokratischen Parteien zusammen! Eine solche gesellschaftspolitische Kraft müssen ihre Gegner natürlich möglichst kleinreden. Das ist verständlich. Viel weniger verständlich ist es aber, wenn auch in

den Gewerkschaften teilweise Diskussionen geführt werden, als gäbe es bereits so gut wie keine Mitglieder mehr.

Unabhängig davon, ob sich die Gewerkschaften zukünftig weiterhin auf ihre gesellschaftspolitische Funktion oder nur noch auf betriebliche Aufgaben konzentrieren: Ohne ein Bewußtsein ihrer eigenen Stärke und Kraft werden sie in der öffentlichen Meinung wohl keine nennenswerte Rolle mehr spielen.



„Generationenvertrag“

Der sogenannte Generationenvertrag sieht folgendermaßen aus: Die junge Generation erwirtschaftet die Rente für die ältere Generation. Und diese hat sie – als sie noch jung war – wiederum für die noch ältere Generation erwirtschaftet. Davon hat sie heute selbst nichts mehr.

Da stimmt doch irgendwas nicht, oder? Wenn jede Generation ihr ganzes Arbeitsleben lang fleißig die Rentenkassen gefüllt hat, wo ist denn dann das ganze schöne Geld geblieben? Natürlich wäre es theoretisch möglich, daß eine Generation ihre Rente durch Krieg, Weltwirtschaftskrise oder Inflation verloren haben könnte. Das ist aber in der Bundesrepublik Deutschland erfreulicherweise nicht der Fall.

Und überhaupt: Wer hat diesen Vertrag eigentlich mal unterschrieben? Natürlich niemand. Es handelt sich nur um so ein Wort, sonst nichts. Es soll den Generationen weismachen, daß letztlich nur sie selbst aufgrund dieses „Vertrags“ für ihre Alterssicherung verantwortlich sind. Und dieser Vertrag funktioniert heute nicht mehr so richtig. Da kann man halt nichts machen!

Aber warum funktioniert dieser Vertrag heute nicht mehr? Ganz einfach! Die Alten wollen heute immer älter werden. Das heißt, daß sie immer mehr kosten. Und die Jungen wollen alle nicht mehr arbeiten, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. – Alles klar? So verwandelt man Betroffene in Schuldige, die das dann möglicherweise auch noch glauben. Und solange sie das tun, werden sie sich auch weiterhin gegeneinander ausspielen lassen, anstatt gemeinsam die wirklich Schuldigen ausfindig zu machen.

Die ganze Diskussion beruht auf einer auf den ersten Blick logischen, in Wirklichkeit aber völlig falschen Argumentation. Sie beruht auf dem einprägsamen Bild, dass immer mehr Rentner von immer weniger Beschäftigten finanziert werden müssen. Dabei wird bewußt ausgeblen-

det, daß nicht die Anzahl der Beschäftigten, sondern ihre Produktivität über die Menge der Güter und Werte entscheidet. Deutlich wird dieser Zusammenhang bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Waren noch vor 100 Jahren 80% der Bevölkerung als Landwirte notwendig, um die restlichen 20% mit zu versorgen, reichen heute auf Grund der gestiegenen Leistungsfähigkeit 4% dafür aus. Wenn heute 35 Millionen Beschäftigte die übrigen Millionen mit versorgen können, warum sollen in 30 Jahren nicht 25 Millionen Erwerbstätige die restlichen Millionen mit unterhalten? Es kommt letztlich darauf an, ob die produzierten Werte nur privat als Profit an die Eigentümer der Unternehmen oder solidarisch in die Sozialsysteme und damit an alle verteilt werden.

Die Ursache dieser Auflösung unseres „Generationenvertrags“ ist also vor allem in unserem Wirtschaftssystem ausfindig zu machen. Bei steigenden Unternehmensgewinnen werden immer weitere Arbeitsplätze abgebaut, die einmal die Renten finanziert haben. Und gleichzeitig werden die > Lohnnebenkosten gesenkt, also der Anteil der Unternehmen an der Finanzierung unseres Sozialsystems, zu dem auch die Rente gehört. Ja, aber warum sagt denn das einem keiner? Ja, warum wohl nicht?

„Gleichheit“

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, so lautete einmal die Parole der bürgerlichen Revolution. Mit der Gleichheit scheint es jedoch schwieriger zu sein als angenommen wurde.

Nach dem bürgerlichen Gesetz sind zwar alle Menschen gleich, aber in der Praxis ist davon wenig zu spüren. Ein französischer Schriftsteller hat einmal festgestellt: *„Unser Gesetz behandelt alle gleich. Es verbietet den Armen wie den Reichen, unter unseren Brücken zu schlafen!“*

Deshalb ist es bis heute eine ungelöste Aufgabe geblieben, diesen Anspruch zu verwirklichen. Auch bei uns hat es einmal eine politische Bewegung gegeben, um die Gleichheit zu verwirklichen. „Gleiche Chancen für alle!“ forderten die damals regierenden Parteien in ihrer Bildungspolitik. Damals besuchten nur rund 6% der Arbeiterkinder eine Hochschule, obwohl die Arbeiterschaft noch eine Mehrheit in der Bevölkerung darstellte.

Heute hat sich trotz zwischenzeitlicher Erfolge an dieser Zahl nicht viel geändert. Denn mittlerweile ist die öffentliche Meinung umgeschwenkt. Jahrelang malten konservative Politiker das Gespenst einer „sozialistischen Gleichmacherei“ an die Wand, bis Bildung auch in der öffentlichen Meinung wieder als ein Vorrecht für auserwählte Eliten begriffen wurde.

Heute hat sich die Meinung durchgesetzt, dass sich „Leistung wieder lohnen muß“. Von Gleichheit ist schon lange keine Rede mehr. Im Gegenteil, selbst die Gerechtigkeit steht auf dem Prüfstand. Gegenwärtig bereiten unsere Politiker die öffentliche Meinung darauf vor, dass der Begriff Gerechtigkeit heute „neu definiert werden“ müsse! Auf das Ergebnis dieser Definitionsbemühungen darf man gespannt sein.

Vielleicht wird Gleichheit nach dieser Gerechtigkeitsdebatte ja zukünftig darin bestehen, dass es wenigen *gleich gut* und vielen *gleich schlecht* geht! Allzu abwegig ist diese These jedenfalls nicht, wenn man genau hinhört.



„Benefiz-Spektakel für die armen Kinder“, Hans-Jürgen Burkard, 1992

„Humanität“

Es ist eine Grundanforderung an jede Gesellschaft, daß sie sich an humanen, also an menschlichen Regeln orientiert. Sogar die alten Sklavenhaltergesellschaften haben schon Regeln aufgestellt, nach denen die versklavten Menschen zu behandeln waren, um sie arbeitsfähig zu erhalten.

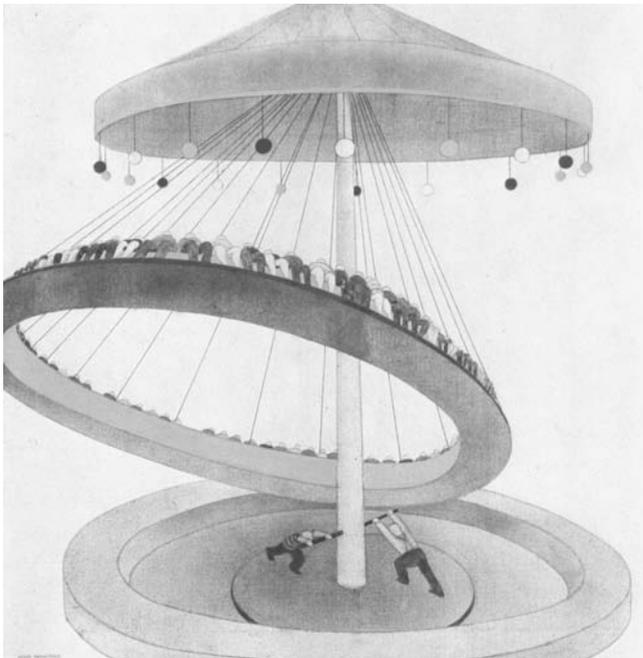
Heute ist natürlich die Humanität viel weiter entwickelt. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in unserem Grundgesetz. Damit sind alle Menschen gemeint, auch die Armen, die Kranken, die Behinderten, die Alten usw.

Deshalb ist es ein unfaßbarer Verstoß gegen unser Grundgesetz, wenn heute ein angehender Jungpolitiker alten Menschen das Recht abspricht, menschlich behandelt zu werden. Sie sollen nach seiner Meinung keine notwendige Hüftgelenksoperation mehr bekommen, weil das nur unnötig Geld kostet. Die Jugend könne dieses Geld viel besser gebrauchen, meint er wohl.

Die Alten haben aber in der Regel ihr Leben lang gearbeitet und somit auch ein Leben lang fleißig Steuern bezahlt, z. B. auch zur Finanzierung ihrer Altersversorgung und für die Schulbildung der Jugend. Das kann man von den Jungen noch nicht behaupten, sie haben bisher meist nur Geld gekostet.

Dieses Geld könnte doch viel besser angelegt werden, oder? Weshalb sollte eine Gesellschaft Jugendliche großziehen, die möglicherweise aufgrund fehlender Arbeitsplätze auch noch als Erwachsene nur unser sauer verdientes Geld kosten? Wäre es da nicht viel sinnvoller, diese Jugendlichen einfach ihrem Schicksal auf der Straße zu überlassen, wie es in vielen Ländern der dritten Welt ja auch tatsächlich der Fall ist? Unsere Medien rüsten bereits zu einem „Krieg der Generationen“. Dann wird es auch bald wieder soweit sein, daß unsere Gesellschaft über „unwertes Leben“ diskutiert, wie es im Nationalsozialismus der Fall war.

Ein humane, menschliche Gesellschaft muß also auch heute immer wieder neu erkämpft werden, z. B. gegen Wirtschaftsideologen, die Menschen nur dann als Menschen gelten lassen, solange sie „etwas leisten“. Soviel Humanität gab es bereits in den Sklavenhaltergesellschaften!



Das Karrussell, Oskar Nerlinger 1931

„Innovation“



Foto: Inga Knölke

Innovation klingt sympathisch. Innovationen sind meist technische Neuerungen, Erfindungen, die die Produktion revolutionieren. Von der Dampfmaschine bis zum Ottomotor, vom Telefon bis zum PC finden wir in der Technikgeschichte unzählige Innovationen.

Zur Durchsetzung einer Innovation muss oft die Produktionsweise verändert werden. Kurz: technische Erfindungen sind keine anonymen Mächte, sondern die Gesellschaft entscheidet, welche Innovation in welchem Maße sie akzeptiert und welche sie verwirft. So sollte es eigentlich sein, aber meist entscheiden allein die Kapitalbesitzer!

Aber auch die Innovation für sich betrachtet wirft Probleme auf. Allgemein gesagt: die meisten Innovationen zielen nur auf Marktanteile, die es zu erobern gilt. Wenn Medikamente nicht bezahlt werden können, werden sie auch nicht „entdeckt“. Damit ist die Nachfrage der sog. Dritten Welt gemeint, aber auch die Nachfrage von Minderheiten in unserer Gesellschaft. Statt also etwas Neues zu entwickeln, verdoppeln viele Innovationen nur den bestehenden Warenbestand durch gleichartige Produkte mit anderen Namen.

Oft löst auch eine technische Erfindung zwar ein Problem, aber als Nebenwirkung tritt ein neues auf, das wiederum durch eine weitere technische Innovation behoben werden muß, wodurch leider andere Nebenwirkungen entstehen usw. Durch den Druck der Konkurrenz ist es kaum möglich, diese Kette zu unterbrechen.

Immer wieder berichten Fachzeitschriften von Innovationen, die jahrelang verschleppt wurden, weil sie den regelmäßigen Profit gestört hätten, etwa den FCKW-freien Kühlschrank oder das Entwickeln von Motoren, die weniger verbrauchen oder die mit Wasserstoff fahren können.

Innovationen müssen deshalb immer daraufhin überprüft werden, welchen Gewinn sie für die Gesellschaft erbringen und nicht nur für Kapitalbesitzer.

„Lohnnebenkosten“

Nicht nur Unternehmer fordern heute eine Senkung der Lohnnebenkosten, sondern auch manche Beschäftigte. Offenbar sind sie der Meinung, daß damit ihre Löhne – also ihre Existenzgrundlagen – besser gesichert werden. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Dazu muß man sich den Begriff genauer anschauen.

Lohnnebenkosten sind der Finanzierungsanteil der Unternehmen an der sozialen Sicherung der Beschäftigten, also an ihrer Renten-, Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung. Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht handelt es sich hier also um Kosten für das Unternehmen. Aus gesellschaftlicher Sicht sind diese Kosten aber der Anteil der Unternehmen am Sozialsystem. Wer diesen Anteil senken will, will erreichen, daß die Arbeitnehmer ihre soziale Sicherung bei Krankheit und im Alter weitgehend oder völlig selbst bezahlen.

Die gegenwärtige Politik setzt diesen Sozialabbau bereits seit Jahren praktisch um. Durch den Abbau der Leistungen im Gesundheitswesen, bei der Arbeitslosenunterstützung und bei der Rentenfinanzierung werden für die Unternehmen die Lohnnebenkosten gesenkt. Und für die Beschäftigten wird ihre soziale Sicherung immer teurer. Schon heute können sich viele Familien im Krankheitsfalle nur noch die allernötigste Grundversorgung leisten.

Senkung der Lohnnebenkosten muß also richtig heißen: Umverteilung unseres Volksvermögens in private Unternehmertaschen durch Abbau unseres Sozialsystems. Wer so etwas fordern würde, könnte aber sicher nicht mit öffentlichem Beifall rechnen. Also muß man diese Forderung eben so benennen, daß sie kaum jemand richtig versteht. Dann geht's!

Die Auswirkungen dieser Umverteilung nehmen heute bereits dramatische Auswüchse an, die aber auch kaum jemand richtig begreift. Während die Unternehmereinkommen seit rund zwanzig Jahren ständig steigen und verschiedene Unternehmerfamilien Privatvermögen von

mehreren Milliarden Euro angehäuft haben, sind rund vier Millionen Arbeitnehmer-Haushalte überschuldet, sie werden also bis an ihr Lebensende von diesem Schuldenberg nicht mehr herunter kommen können. Schöne neue Welt! Leider nur für ein paar Wenige.



Foto: Herlinde Koelbl (Ausschnitt)

„Mehrwertsteuer“

Die Konsumenten haben sich mittlerweile an diesen kleinen Zuschlag auf ihren Rechnungen gewöhnt. Ärgerlich ist nur, daß dieser kleine Zuschlag im Laufe der Zeit immer höher wird. Etwas anderes ist aber eigentlich noch sehr viel ärgerlicher. Das muß man aber erst herausfinden.

Bekanntlich produzieren die Wirtschaftsunternehmen aufgrund der Arbeit ihrer Mitarbeiter einen Mehrwert, aus dem sie dann ihren Gewinn schöpfen. Wenn dem nicht so wäre, gäbe es für keinen Kapitalbesitzer einen vernünftigen Grund, sein schönes Kapital in eine häßliche Fabrik zu stecken, anstatt es in Saus und Braus zu verjubeln.

Wie dieser Mehrwert genau entsteht, darüber gibt es komplizierte Theorien. Soviel ist aber sicher: Ein fertiges Auto z. B. ist mehr wert als die Summe seiner Teile, sonst könnte es keinen Gewinn abwerfen. Außer diesen Teilen ist dem Produkt aber nur noch eines hinzugefügt worden, nämlich die Arbeitskraft der Beschäftigten. Die sind dafür entlohnt worden, und ihr Lohn ist im Preis des Produkts bereits enthalten.

Das Produkt muß aber trotzdem noch mehr Wert enthalten als die Summe seiner Teile und der aufgewendete Arbeitslohn, denn sonst könnte ja immer noch kein Gewinn dabei herauspringen. Dieser recht geheimnisvolle Mehrwert kann also nur entstanden sein, wenn die Beschäftigten noch mehr Wert produziert haben, als ihnen durch den Lohn vergütet wurde.

Und so ist es in der Tat. Um das allerdings genau zu belegen, müssen komplizierte Berechnungen angestellt werden, die in dieser kurzen Form nicht möglich sind. Wir können uns an dieser Stelle damit begnügen, erfreut festzustellen, daß es bisher noch keinem Wirtschaftstheoretiker trotz aller ernsthaften Bemühungen gelungen ist, das Gegenteil zu beweisen.

Die Regierungen der großen Industrienationen haben sich also vor Jahren einmal dazu durchgerungen, diesen zwar schwer ausfindig zu machenden, aber trotzdem augenscheinlich vorhandenen Mehrwert mit einer Steuer für die Unternehmen zu belegen, da er ja bekanntlich die Quelle allen Reichtums ist. Der Begriff Mehrwertsteuer ist also kein ideologischer Begriff, sondern er beschreibt erfreulich klar genau das, was er meint.

Die Unternehmen haben jedoch für dieses Problem, daß sie nun eine Mehrwertsteuer bezahlen sollen, eine verblüffend einfache Lösung gefunden: Sie setzen seitdem diese Steuer schlicht und einfach auf die Rechnung! Das tun sie zwar mit ihren anderen Steuern letztendlich auch, aber hier weisen sie die Käufer ausdrücklich darauf hin. Und so kommt es, daß heute die Verbraucher – also wir alle – auch noch die Mehrwertsteuer für die Unternehmen bezahlen...

Aber warum schreitet denn da der Gesetzgeber nicht ein, wird sich jetzt mancher fragen. Ja, warum eigentlich nicht? Ganz einfach: Dem Staat kann es letztlich egal sein, wer diese Steuer bezahlt, wichtig ist nur, daß sie bezahlt wird. Und solange das alle Beteiligten widerspruchslos mit sich anstellen lassen, ist doch alles in Ordnung, oder?

Natürlich kann sich der Einzelne gegen diesen unfassbaren Zustand allein nicht zur Wehr setzen. Das hätte lediglich zur Folge, daß ihm die Produkte dann eben nicht verkauft würden. Gegenwehr ist nur politisch möglich, indem zum Beispiel Steuern nur an der Quelle abgeschöpft und nicht auf Andere übertragen werden dürfen, wie es hier der Fall ist. Aber politische Lösungen werden erst dann sichtbar, wenn sich eine Bevölkerungsmehrheit endlich für ihre eigenen Interessen einsetzt.

„Neoliberalismus“

„Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich ... Daher ist der Begriff der sozialen Gerechtigkeit in einer marktwirtschaftlichen Ordnung völlig sinnlos.“

Friedrich August Hayek (1899–1992)

Begründer des Neoliberalismus,

Interview in der „Wirtschaftswoche“ vom 06.03.81

„Neo“ heißt neu, „liber“ heißt frei. Das Wort bedeutet also so etwas ähnliches wie „Neue Freiheit“. Liberal ist jemand, der alle Anderen nach ihren eigenen Wünschen leben läßt und ihnen nichts aufzwingen will. Neoliberalismus ist also etwas sehr Erstrebenswertes, oder?

Leider bedeutet dieser Begriff aber etwas ganz anderes. Es ist einer der zentralen Kampfbegriffe der modernen Wirtschafts-Ideologen, mit deren Hilfe sie unsere gesellschaftliche Wirklichkeit unkenntlich machen wollen. Um das herauszufinden, muß man sich diesen Begriff genauer ansehen.

Wie jeder weiß, leben wir in der sogenannten Freien Marktwirtschaft. Das ist natürlich auch ein ideologischer Begriff. Unsere Wirtschaft ist schließlich die Lebensgrundlage der gesamten Bevölkerung. Wer sie frei erklärt, will damit erreichen, daß unsere Gesellschaft keine Rechte an ihr hat, sondern daß nur die Kapitalbesitzer in der Wirtschaft allein bestimmen. Die sind dann frei in ihren Entscheidungen und müssen auf die arbeitende Bevölkerung keine Rücksicht nehmen. Und so ist es heute weitgehend auch.

Deshalb ist es das Ziel jeder demokratischen Gesellschaft, demokratische Gesetze auch in der Wirtschaft durchzusetzen, zum Beispiel durch Betriebsverfassungs- und Arbeitsschutzgesetze. Es hat sich näm-

lich in der Vergangenheit gezeigt, daß die Menschen sonst unter unmenschlichen Bedingungen ihr tägliches Brot in der Wirtschaft verdienen müssen.

Diese Arbeitnehmer-Schutzgesetze sollen nach dem Willen der Kapitalbesitzer wieder abgebaut werden. Ihr Argument lautet, daß durch diese Gesetze ihre eigene ›Freiheit eingeschränkt würde. So muß es in einer demokratischen Gesellschaft auch sein, damit nicht nur einige Reiche von unserem Wirtschaftssystem profitieren!

Damit die Masse der Bevölkerung diese Forderung der Wirtschafts-ideologen möglichst nicht richtig begreift, wird sie hinter dem Begriff des „Neoliberalismus“ versteckt. Unsere Wirtschaft soll „dereguliert“, also von den in der Vergangenheit mühsam durchgesetzten demokratischen Regeln wieder befreit werden (› Deregulierung).

Wem das nicht gefallen sollte, der hat schließlich die Freiheit, sein tägliches Brot auf der Straße zu erbetteln. Die Wirtschaftsführer würden ihn gern dazu „freisetzen“! Deshalb soll nach ihrem Willen auch der Kündigungsschutz abgebaut werden.

So sieht also die Neue Freiheit des Neoliberalismus in Wirklichkeit aus. Leider gibt es Politiker, die dieses Falschspiel mitspielen und die Wähler mit ideologischen Begriffen noch weiter verwirren. Die nennen diese Politik dann „Reform“ anstatt Sozialabbau, wie sie wirklich heißen müßte!

„Privatisierung“

Privatisierung ist ein politisches Programm, dem vor etwa zwei Jahrzehnten noch heftiger Widerstand durch Teile der Bevölkerung entgegengesetzt wurde, z. B. bei der Privatisierung des Rundfunks. Viele befürchteten damals eine zunehmende Verflachung der Programme und eine Verdummung der Bevölkerung.

Und heute? Immer weitere Bereiche der ehemaligen staatlichen Dienstleistungen werden privatisiert, wie z. B. die Post, die Bahn, die Energieversorgung usw. Seit der Privatisierung der ehemaligen DDR ist diese Politik heute endgültig zu einem scheinbar ganz normalen Vorgang geworden. Widerstand ist nur noch bei den Betroffenen zu erkennen, wenn plötzlich tausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden.

Privatisierung heißt, daß sich der Staat aus seinen Dienstleistungen an die Bürger zurückzieht und sie der privaten Wirtschaft überläßt. Die Wirtschaft bietet aber nur solche Dienstleistungen an, mit denen sich Gewinne erwirtschaften lassen. Alle anderen Leistungen werden reduziert oder gänzlich eingestellt. Dienstleistungen bekommt dann nur noch derjenige, der sie sich leisten kann.

Privatisierung ist also ein politisches Programm zum Abbau unseres Sozialstaats. So etwas nennt man eine Revolution von oben, also eine Revolution der Mächtigen. Unser Grundgesetz legt nämlich fest, daß unser Staat ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat ist.

Zur Absicherung dieses Verfassungsgrundsatzes fordert die IG Metall in ihrer Satzung eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft. Die gegenwärtige Politik betreibt dagegen einen Ausverkauf unseres Sozialstaats an die Wirtschaft. Widerstand gegen diese Entwicklung ist heute noch viel dringender nötig als vor zwanzig Jahren.

„Proletariat“

Wir kennen das Wort Proletariat heute kaum noch, aber viele benutzen das Schimpfwort „Prolet“, wenn auch häufig nur scherzhaft. Ein Prolet benimmt sich „nicht richtig“, hat keine „feinen Manieren“, ist grob und direkt. Soziologen denken beim Begriff Proletariat an Unterschichten, weil deren Verhalten nicht „bürgerlich“ ist. Während bürgerliches Verhalten gerne von sich selbst glaubt, es sei individuell, ist proletarisches Verhalten eher das Verhalten einer Gruppe, also sozial.

Der Begriff Proletariat ist nicht neu. Im antiken Rom waren „Proletarier“ Menschen, die nichts anderes besaßen als ihre Kinder. Anders gesagt: das Proletariat ist einkommenslos und muss arbeiten, um zu leben, in Rom als Sklave, später als Leibeigener und heute als Fabrikarbeiter.

Die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hat dann formuliert: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Damit wird zweierlei ausgedrückt: Die Macht des Proletariats ist keine andere als seine Vereinigung, sein kollektives Handeln. Und: Diese Vereinigung darf nicht ihre Grenze im



„Blumentöpfe“
Anne Geddes, 1991

Nationalstaat finden, damit nicht die Arbeiterbewegungen der einzelnen Nationen gegeneinander ausgespielt werden können. Dies gilt bis heute, sei es für Kriege im üblichen Sinne, sei es für Kriege um Standorte.

Der Begriff Proletariat ist heute ungebräuchlich. Man spricht von verschiedenen sozialen Milieus, von Schichten innerhalb der Gesellschaft. Vor allem ist das Proletariat heute in zwei gegensätzliche Teile gespalten: Auf der einen Seite die hochqualifizierten Facharbeiter, deren Lebensstil sich mit dem des Kleinbürgertums vermischt, auf der anderen Seite die „Unterschicht“, die zunehmend aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird. In dieser Unterschicht finden wir Sozialhilfe-Abhängige, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Immigranten, ethnische Gruppen. Ob und wie diese Spaltung aufgehoben werden könnte, bleibt fraglich. Sie ist aber zweifellos eine politische Schwächung der modernen Arbeiterschaft.



„Sozialpartner“

In unserer Wirtschaft herrscht bekanntlich eine sogenannte Sozialpartnerschaft. Das soll bedeuten, daß die Unternehmensleitung und die Beschäftigten – sowie auch ihre betrieblichen Interessenvertreter und Gewerkschaften – partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Schön wär's. In Wirklichkeit ist es aber ganz anders. Wie sieht denn zum Beispiel die partnerschaftliche Zusammenarbeit aus, wenn ein Unternehmen Personal abbaut? Das entscheidet letztendlich doch nur die Unternehmensleitung und niemand sonst!

Die Betriebsräte und die Gewerkschaften haben nämlich keine vollgültige Mitbestimmung bei den wichtigen Unternehmensentscheidungen. Sie können allenfalls versuchen, auf anderen Wegen einen Personalabbau zu verhindern oder in den meisten Fällen wenigstens zu verringern, zum Beispiel durch Lohneinbußen für die Beschäftigten.

Meist bleibt den Betriebsräten jedoch nichts anderes übrig, als dafür zu sorgen, daß bei dem Personalabbau wenigstens die sogenannten sozialen Angelegenheiten der einzelnen Betroffenen berücksichtigt werden. Das heißt, daß beispielsweise alleinerziehende und alleinverdienende Mütter oder Leistungsgeminderte nicht die ersten sind, die gehen müssen. Viel weiter reichen die sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmungsrechte leider nicht.

Der Begriff der Sozialpartnerschaft vernebelt also den Tatbestand, daß die Unternehmen nach wie vor in den wichtigen Entscheidungen frei sind, denn wir leben ja in der „freien Marktwirtschaft“. Eine wirklich gleichberechtigte Sozialpartnerschaft wäre also ein wichtiges politisches Ziel, das erst noch erkämpft werden müßte, zum Beispiel durch die > Demokratisierung der Wirtschaft, wie sie die IG Metall in ihrer Satzung fordert.

Wer aber behauptet, wir würden bereits in einem sozialpartnerschaftlichen Wirtschaftssystem leben, der betreibt eine ideologische Verfälschung der Wirklichkeit. Die spannende Frage lautet dann: Warum tut er das wohl?



„Beiträge zur Bildungs-
debatte der IG Metall,
Denk-Zettel 2“
Arbeitskreis Bildung,
IGM Bezirk Hannover 2002

„Unternehmensphilosophie“

Kein großes Unternehmen kommt heute noch ohne eine sogenannte Unternehmensphilosophie aus. Das ist doch eine gute Sache, oder? Es soll deutlich machen, daß diese Unternehmen nicht einfach nur irgendwelche Waren herstellen, sondern daß sie so etwas wie eine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Philosophie ist schließlich der Versuch, den Sinn unseres Lebens zu ergründen und uns zu einem verantwortlichen Handeln anzuregen. Und wenn das nun auch unsere Wirtschaft tut, dann kann man das nur begrüßen. Denn in der Vergangenheit hat sie sich herzlich wenig darum gekümmert.

Da wurden zum Beispiel gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung problematische Atomenergie-Konzepte durchgedrückt, die dann nach dem Unfall eines Atomkraftwerks halb Europa verseucht haben. Und noch heute sperrt sich unsere Wirtschaft mit allen Mitteln gegen ein Dosenpfand, das einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung unserer Müllberge und der energieintensiven Aluminiumproduktion leisten könnte.

Ein großer Automobilkonzern faßt seine Unternehmensphilosophie wie folgt zusammen: „Dem Fortschritt der Menschen verantwortlich dienen!“ Das hört sich gut an, aber gleichzeitig produziert dieses Unternehmen Autos mit bis zu 400 PS, die Unmengen Benzin verschlingen, die Umwelt verpesten und keinen anderen Sinn haben, als ihrem wohlhabenden Besitzer ein fragwürdiges Überlegenheitsgefühl zu bescheren.

Andere Unternehmen preisen ihr soziales Engagement, weil bei ihnen „jeder Arbeitsplatz ein Gesicht hat“. Vielleicht sollten wir uns diese Gesichter mal etwas genauer ansehen.

Gegen Unternehmensphilosophie wäre also gar nichts einzuwenden, wenn die Unternehmen das, was sie werbewirksam „philosophieren“,

auch wirklich täten. Solange sie aber oft genau das Gegenteil davon praktizieren, sollten wir diesen fragwürdigen Wirtschafts-Philosophen nicht auf den Leim gehen und uns besser weiterhin unsere eigenen Gedanken über ein wirklich verantwortliches Handeln machen.



„Utopie“

„Und wenn die Verhältnisse den Menschen bilden, so hilft nichts als die Verhältnisse menschlich zu bilden; es lebe die praktische Vernunft!“

Ernst Bloch

In den 50er Jahren gab es eine große Zahl von technischen Utopien. Wie lebt der Mensch, wie lebt die Familie im 21. Jahrhundert? In den 60er Jahren entstanden dann neue, gesellschaftlichen Utopien. Was muss verändert werden, damit die Gesellschaft den Unterschied von Arm und Reich aufhebt, die Gleichheit aller herstellt? Heute gibt es diese Utopien nicht mehr. Nach dem Ende des Sozialismus sind sie in Verruf geraten.

Heutige Utopien sind meist nur noch negative Utopien: Man rechnet heutige Daten statistisch hoch, etwa so: im Jahre 2030 lebt jeder nach der Verrentung 20 Jahre länger, deshalb muss jeder Arbeitende für einen Rentner aufkommen; woraus folgen soll: keine Rente vor 67 Jahren, Kürzung der Rente auf 40 Prozent oder auch: Absenkung der medizinischen Leistungen für Alte, also „Keine Hüftgelenke mehr!“, was nebenbei auch noch die Probleme des Gesundheitssystems lösen soll.

Es ist also kein Wunder, wenn Utopien heutzutage einen schlechten Ruf haben. Was wäre hingegen eine positive, eine produktive Utopie? Bleiben wir nur im Bereich der Arbeit. Eine durchdachte Utopie ist die eines Grundeinkommens. Jedes Gesellschaftsmitglied erhält mit Volljährigkeit ein Grundeinkommen, woraus Ausbildungsgänge wie Lehre, Schulen, Hochschulen ebenso finanziert werden können wie etwa ein soziales Jahr oder ehrenamtliche Arbeiten in Vereinen. Bei Berufsaufnahme erlischt das Grundeinkommen, wenn die bezahlte Arbeit deutlich darüber liegt, oder diese wird großzügig angerechnet. Bei Arbeitsplatzverlust greift das Grundeinkommen, auch wenn man freiwillig die

Arbeit aufkündigt, um sich weiterzubilden oder lieber selbstbestimmt arbeitet (Eigenarbeit).

In der Realität führt diese Utopie zu Mischformen: Permanent rotieren einige aus der Arbeitswelt hinaus, andere hinein. Die bisherigen Modelle von Flexibilisierung, die sich unter dem Diktat des Arbeitszwanges auch schon bewährt haben, werden entschieden weiterentwickelt. Das freie Jahr (oder der freie Monat) werden selbstverständlich werden, die Rente wird gewählt, wenn es für die individuelle Lebensplanung passt.

Möglichkeiten und Modelle gibt es also bereits. Es kommt eigentlich nur noch darauf an, sie zu verwirklichen. Utopien sind heute dringender notwendig denn je!



„Volkvermögen“

Die Summe des erwirtschafteten Vermögens eines Landes, einer Nation, eines Volkes nennen wir das Volkvermögen. Es ist also das, was alle gemeinsam erarbeitet haben und besitzen.

Die Bundesrepublik Deutschland zählt zu den reichsten Industrienationen der Welt. Das reine Geldvermögen des Volkes (also Bargeld, Aktien, Wertpapiere usw.) beträgt nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gegenwärtig 3.650 Milliarden Euro. Immobilien- oder Grundstücksbesitz ist in dieser Vermögensaufstellung noch gar nicht enthalten, soweit es nicht teilweise als Aktienbesitz mit einberechnet wurde.

Das ist doch eine schöne Stange Geld, würde der Volksmund sagen. Ist es auch. Die Frage ist nur, wie dieses Volkvermögen im Volk verteilt ist. Da sieht die Sache schon wieder ganz anders aus:

- ▲ 50% des Volkes besitzen 95,5% des Geldvermögens,
- ▲ für die anderen 50% bleibt der Rest, also nur noch 4,5%!

Nun könnte man sagen, daß doch immerhin die Hälfte des Volkes ziemlich reich ist. Stimmt aber nicht. Denn von dieser Hälfte besitzen 0,5% allein bereits rund 26% des gesamten Geld-Volkvermögens.

Diese 0,5% müssen dann aber doch unermesslich reich sein, während die Hälfte des Volkes so gut wie nichts besitzt, wird sich jetzt mancher fragen. Und so ist es auch. Das sogenannte Volkvermögen hat sich zum größten Teil in Privatvermögen von einigen Wenigen verwandelt!

Kann man denn da gar nichts machen? Muß man es denn zulassen, daß diese Wenigen immer reicher werden, während die Rentner, die Schulen, die Krankenhäuser, die Gemeinden, also unsere Gesellschaft insgesamt bereits sichtbar verarmen? Wir sind doch eine der reichsten Industrienationen der Welt!

Zulassen müßte man das eigentlich nicht. Aber solange die Besitzlosen immer mehr Steuerlasten tragen müssen, während die wenigen Reichen immer weniger belastet werden – wie es das Statistische Bundesamt auch berechnet hat – solange wird auch weiterhin unser Volksvermögen zum größten Teil in den privaten Taschen der Superreichen verschwinden.

Der Rest der Bevölkerung wird von unseren Politikern darüber belehrt, daß er einfach mehr „Eigenverantwortung“ übernehmen muß. So haben sich die meisten Wähler eine verantwortungsbewußte Politik eigentlich nicht vorgestellt. Und deshalb gehen auch immer weniger Menschen zur Wahl. Eine Alternative ist das natürlich nicht, sondern macht es den privaten Nutznießern unseres Volksvermögens immer leichter, ihre Interessen gegen die Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen.



Wartungsarbeiten am Kabelschacht, Sebastião Salgado, 1989 (Ausschnitt)

„Wirtschaftsstandort“

Unser Land ist ein Wirtschaftsstandort, wer würde das bestreiten wollen? Es ist sogar – hinter den USA und Japan – die drittgrößte Industrienation der Welt. Deshalb ist dieser Begriff scheinbar nicht ideologisch. Bei genauerer Betrachtung ist er aber einer der wirksamsten politischen Kampfbegriffe der Wirtschafts-Ideologen.

Was soll mit diesem Begriff bezweckt werden? Er soll erreichen, dass wir unser Land einzig und allein als einen Standort der Wirtschaft betrachten und begreifen. Alles Andere soll unwichtig oder zweitrangig sein.

So ist es aber nicht. Unser Land ist zunächst einmal der Lebensraum von rund 80 Millionen Menschen. Und es hat auch eine Verfassung. Diese bezeichnet unser Land keineswegs als einen Wirtschaftsstandort, sondern als einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Das hat natürlich auch für die Wirtschaft zu gelten. Falls es das aus irgendwelchen Gründen nicht tut, kann sie nach unserer Verfassung ausdrücklich und wörtlich „in Gemeineigentum überführt werden“! (Grundgesetz Artikel 15)

Das hören unsere Wirtschaftsführer natürlich gar nicht gern, aber ändern können sie es nicht. Das ist auch gar nicht nötig, wenn der größte Teil der Bevölkerung nichts davon weiß. Denn dann kann man ihnen alles mögliche weismachen, was unser Land ist oder sein soll. Und wenn es alle glauben, ist die Ideologie vom Wirtschaftsstandort fertig. Dann hat das ganze Land nur noch der Wirtschaft zu dienen und nicht etwa die Wirtschaft unserem Land, was doch eigentlich ihre Aufgabe wäre.

Man kann die Sache auch einmal anders betrachten. Die Gewerkschaften werden gegenwärtig in der Presse so dargestellt, als ob es sie wegen sinkender Mitgliederzahlen kaum noch gäbe. Natürlich sinken bei stetigem Arbeitsplatzabbau tendenziell auch die Mitgliederzahlen. Wie sieht es aber wirklich aus?

Die Gewerkschaften stellen mit rund acht Millionen Mitgliedern nach wie vor die größte und stärkste politische Kraft in unserem Lande dar. Sie haben weit mehr Mitglieder als alle politischen Parteien zusammen! Sie könnten deshalb mit gutem Recht unser Land als einen „Gewerkschaftsstandort“ bezeichnen und dann entsprechende Forderungen an die Politik stellen.

Warum sie es nicht tun? Ja, warum eigentlich nicht? Vielleicht deshalb, weil sie nicht solche Ideologen wie unsere Wirtschaftsführer sind.



„Eurotunnel Frankreich – England, Durchbruch“, Sebastião Salgado, 1990

Zum Schluss noch die Erinnerung an Positionen unserer Organisation, der IG Metall:

Die herrschende Politik steuert mit der Aushöhlung und dem Abbau der erreichten wohlfahrtsstaatlichen Standards auf eine neue Form autoritärer Leistungsgesellschaft zu. Soziale Risiken werden auf die einzelnen Menschen und damit vor allem auf die Schwachen abgewälzt. Die Ungleichheit der sozialen und kulturellen Teilhabechancen wird vertieft ...

Die Gewerkschaften können die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Strukturwandel nur dann wirksam vertreten, wenn sie für eine demokratische und soziale Alternative eintreten.

*Solidarität und Freiheit – Leitlinien der IG Metall
zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform,
Frankfurt am Main, 1989, Seite 7*

Heimvolkshochschule
Jägerei Hustedt
Zur Jägerei 81 • 29229 Celle

www.hvhs-hustedt.de

IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
Postkamp 12 • 30159 Hannover

www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de